

Deutschlands Neujahrswünsche.

2. Januar 1928

Frieden und Befreiung des Rheinlandes.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing gestern mittag die Chefs der hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen. Nuntius Pacelli überbrachte die Glückwünsche des diplomatischen Korps. In seiner Ansprache führte er u. a. folgendes aus: Das vergangene Jahr hat neue Fortschritte auf dem Wege der Befreiung der Völker gebracht. Bewunderung gebührt den Männern, die, obwohl sie in der Wahrung der berechtigten Interessen ihres Landes ihre höchste Aufgabe sehen, dennoch ihr Trachten auf das hohe Ideal der Brüderlichkeit unter den Menschen richteten. Das Gefühl des internationalen Vertrauens hat dazu beigetragen, in den verschiedenen Staaten den Wiederaufbau zu fördern. Unter diesen Staaten nimmt das Deutsche Reich einen wichtigen Platz ein. Man muß den erneuten Aufwand an Geist und Lebenskraft in Deutschland bewundern. Der Nuntius drückte zum Schluß den Wunsch aus, daß das Jahr 1928 der Welt den Frieden bringen möge.

In seiner Erwidrerungsansprache erklärte der Reichspräsident,

er hoffe und wünsche, daß die Prüfungen der Vergangenheit und die Räte der Gegenwart in den Völkern den Willen zur Zusammenarbeit und das Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten jedes einzelnen Volkes vertiefen. Opferwillige Hingabe an das Vaterland istliche den Dienst an der Menschheit nicht aus. Die Völker würden sich um die Herbeiführung eines wahren Friedens um so freudiger bemühen, wenn sie davon überzeugt sein könnten, daß dieser Friede zugleich die Herrschaft der Gerechtigkeit und der Freiheit begründe. Das deutsche Volk werde sich an diesen Friedensbemühungen entschlossen beteiligen. Möge das neue Jahr den Friedenshoffnungen Erfüllung gewähren.

Darauf begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Diplomaten. Bei dem Empfang waren u. a. Reichszankler Dr. Marx und Staatssekretär v. Schubert anwesend.

Darauf empfing der Reichspräsident den Reichszankler sowie die in Berlin anwesenden Reichsminister und Staatssekretäre der Reichsregierung.

Reichskanzler Marx

führte in seiner Ansprache etwa folgendes aus: Man kann auf das abgelaufene Jahr mit dem Gefühl dankbarer Befriedigung zurückblicken; allerdings ist der Herzenswunsch des gesamten deutschen Volkes, die Befreiung des besetzten Gebietes, noch nicht in Erfüllung

gegangen. Dennoch ist eine Festigung unserer auswärtigen Lage unerkennbar. Das abgelaufene Jahr hat mehr und mehr die Schranken niedergelegt, die noch immer die Völker trennten. Mit großer Freude stelle ich fest, daß die Arbeitslosigkeit im abgelaufenen Jahre zurückgegangen und daß Deutschland von schweren Wirtschaftskämpfen verschont geblieben ist. Die Erkenntnis, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiten müssen, nimmt ständig zu. — Mit Genugtuung wies der Kanzler dann auf die neue Beamtenbesoldung hin. Schwere Aufgaben seien auch im kommenden Jahre zu lösen. Aber wenn man dabei hoffnungsvoll ans Werk gehe, so belebe uns der Gedanke an die Einigkeit des deutschen Volkes am achtzigsten Geburtstag des Reichspräsidenten. Möge auch im kommenden Jahre dieses Gefühl der neuempfundenen Einigung nicht verlorengehen.

Der Reichspräsident

dankte zunächst der Reichsregierung für die unermüdete Arbeit, die sie im letzten Jahre geleistet habe. Er fuhr dann fort: Gern erkenne ich an, daß das vergangene Jahr eine Besserung gebracht hat. Aber leider ist die Hoffnung auf Befreiung der Rheinlande noch nicht erfüllt worden. Ich hoffe, daß den Volksgenossen im besetzten Gebiet nun bald die Stunde der Befreiung schlage. Fremde Besatzung im Lande ist unvereinbar mit einer endgültigen Befreiung. Der Reichspräsident wies dann auf die Hilfsmassnahmen für Ostpreußen hin und sprach die Hoffnung aus, daß die wirtschaftliche Erstarung und der Gedanke des sozialen Ausgleichs auch im kommenden Jahre Fortschritte machen möge. Sein dringender Wunsch am ersten Tage des Jahres an alle Deutschen sei der, daß die Wahlbewegung nicht zur Vertiefung des Zwiespalts führen und nicht zu persönlicher Bekämpfung ausarten möge. Nur fester Zusammenhalt aller Deutschen könne die Lösung der zukünftigen schwierigen Probleme ermöglichen.

Im weiteren Verlauf des Nachmittags übermittelte Reichspräsident Löbe und Vizepräsident Dr. Kießer die Wünsche des Reichstags, Staatssekretär Weismann, der bairische Gesandte v. Preger und der braunschweigische Gesandte Boden die Glückwünsche des Reichsrats, und Ministerpräsident Braun die der preussischen Staatsregierung. Die Glückwünsche der Wehrmacht überbrachten General Heene und Admiral Zentgraf. Auch die Direktoren der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Reichsbank sprachen ihre Glückwünsche aus.

Antikriegspakt = Vorschlag.

2. Januar 1928

Nach einer Meldung des New York Herald hat Staatssekretär Kellogg dem französischen Botschafter in Washington nunmehr einen ausführlichen Vorschlag überreicht, der

den Krieg zwischen Frankreich und Amerika unmöglich machen soll.

In einem Begleitbrief gibt Kellogg der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Unterzeichnung eines solchen Vertrages auch andere Länder dem Pakt beitreten mögen. Er stimmt mit Briand darin überein, daß es notwendig sei, jeden möglichen Krieg zwischen beiden Ländern für ungesetzlich zu erklären. Dem New York Herald zufolge kommentieren die offiziellen Washingtoner Kreise den Vorschlag des Staatssekretärs Kellogg und erklären, daß der neue Pakt eine ebenso große Bedeutung hat, wie das Völkerbundsstatut und der Vertrag des internationalen Schiedsgerichts. Das Projekt sei von Kellogg in Zusammenarbeit mit der auswärtigen Kommission des Senats ausgearbeitet worden.

Es ist hervorzuheben, daß Artikel 2 des Vortragsvorschlages zur Voraussetzung hat, daß alle künftigen Fragen einem internationalen Schiedsgericht nur unterbreitet werden können, wenn die Vereinigten Staaten sich damit einverstanden erklären. Im Artikel 3 wird festgelegt, daß der Vertrag sich nicht auf innerpolitische Fragen bezieht und weiter Angelegenheiten

ausschließt, die die Interessen einer dritten Macht betreffen. Alle Probleme, die mit der Monroe-Doktrin in Zusammenhang stehen, sollen ausgeschlossen sein.

Eine französische Kritik.

Das Echo de Paris kritisiert heute erneut lebhaft die französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Abschluß eines Antikriegspaktes. Zweifellos wolle Briand, so meint das Blatt, die üblen Erinnerungen auswaschen, die die beiderseitigen Erörterungen der Kriegsschuldfrage hinterlassen hätten, und außerdem ein besonderes französisch-amerikanisches Band schaffen.

Erst die Zukunft werde zeigen, ob Briand in dem ersten Punkte Erfolg habe; was den zweiten anlangt, so lasse die letzte amerikanische Mitteilung alle Hoffnungen Frankreichs schwinden, denn Amerika wolle allen anderen Ländern die Möglichkeit geben, einem derartigen Kriegsbann-Pakt beizutreten. Es handle sich also um ein System, das den Krieg ausschließt, aber keine Sanktionen gegen diejenigen vorsehe, die ihre Gelübisse nicht halten würden. Dadurch würde die Wirksamkeit des Völkerbundsstatutes bezüglich Artikel 16 vermindert. Zudem seien die Vereinigten Staaten nicht geneigt, alle Fragen einem Schiedsgericht zu unterwerfen, insofern als in Artikel 1 des amerikanischen Vortragsvorschlages ausdrücklich die Zustimmung der amerikanischen Regierung zu der Unterbreitung von Streitfragen dem Haager Schiedsgericht vorbehalten seien.

Der Kampf gegen die elsässischen Autonomisten.

2. Januar 1928

Der Kampf der französischen Behörden gegen die elsässische Autonomiebewegung geht weiter. So wird aus Straßburg die Verhaftung des elsässischen Lehrers Wurz in Dorlisheim und des Straßburger Malers Solven gemeldet. Wurz war Mitarbeiter mehrerer den Autonomisten feindlicher Blätter. Dem „Journal“ zufolge soll er den Kreisen derjenigen Persönlichkeiten angehören, die im gegebenen Augenblick die „militärische Aktion gegen das französische Elsass“ einleiten sollten. Solven war ein Freund von Vind, Haug und angeblich auch von Köhling. Er war ebenfalls schriftstellerisch für verschiedene elsässisch-lothringische Zeitungen tätig.

Ferner wurde ein Haftbefehl gegen den sich angeblich in Deutschland aufhaltenden früheren Straßburger Bankier Vind erlassen; diesem werden Verbindungen zu dem Herausgeber der „Elsässisch-lothringischen Mitteilungen“ Robert Ernst in Berlin nachgesagt.

Vor neuen Verhaftungen.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, soll die Sicherung der beschlagnahmten Dokumente die Gesehung

neuer Anlagen gegen Mitglieder der Autonomistenbewegung ermöglichen.

So habe gestern ein protestantischer Pfarrer, dessen Name nicht genannt wird, verhaftet werden sollen. Er sei jedoch anscheinend flüchtig geworden. Ferner sei man auf der Suche nach einem gewissen Damsfer, der wegen Verleumdung Frankreichs in der autonomistischen Presse vor kurzem zu 32 000 Franken Geldstrafe und mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Die Prüfung der beschlagnahmten Papiere habe auch Aufschluß über die Geldgeber gegeben. Verschiedene Personen hätten ihre Verleumdung in den Anlagenzustand zu erwarten, da sie die autonomistischen Stoßtrupps finanziert hätten.

Das Jahr der verpönten Gelegenheiten.

2. Januar 1928

Aus London wird gemeldet: Das Jahr 1927 bezeichnet Garvin in einem längeren Rück- und Ausblick im „Oberreview“ als das Jahr der verpönten Gelegenheiten, innenpolitisch in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, außenpolitisch sei der Fehlschlag der Genfer Flottenabstufungskonferenz der

schwerste Fehler einer britischen Regierung seit Jahrzehnten gewesen. Die Freundschaft mit Amerika müsse das erste Ziel der britischen Außenpolitik sein und Genf sei wieder gutzumachen, wenn die britische Regierung fortfähre, auf amerikanische Flottenbauten durch weitere britische Einschränkungen zu antworten. Diese Flottenreduzierung auf britischer Seite sei aber nach Garvin auch der Maßstab für die Aussichten einer allgemeinen Abrüstung. Auf der positiven Seite der letzten Jahresbilanz verzeichnet Garvin den überraschenden und fast unglaublichen Fortschritt Deutschlands, der in mehr als einer Hinsicht ein leuchtendes Beispiel für England sei.

Ohne Verminderung der Rüstungen gebe es keine Steigerung der Sicherheit, ohne Revision des Versailleser Vertrages keine ausreichende Sicherheit.

Aber im Augenblick betrachte Frankreich jede mögliche Vertragsrevision als eine Sicherheitsverminderung. Die Rheinlandbesetzung belastete die europäische Politik, die Zukunft des Dawesplanes bleibe ungewiß. Ohne eine vollständige Verständigung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland könne es keine dauerhafte Regelung in Europa auf der Basis eines gesicherten Friedens geben. Garvin schließt damit: Es bestehe guter Grund für die Annahme, daß das Jahr 1928 ein Jahr der Prosperität und der Förderung der allgemeinen Verständigung werde. Voraussetzung hierfür sei aber, daß die Fehler des Jahres 1927 nicht wiederholt werden, und daß auf allen Seiten der Wille zur Verständigung und zum Ausgleich vorherrsche.

Die Rheinlandräumung muß kommen.

Die Pariser Presse stellt fast allgemein lokale Neujahrstraktationen an, in denen ein breiter Raum der Finanzpolitik Poincarés und den kommenden Wahlen gewidmet ist. Auf das Problem der deutsch-französischen Beziehungen geht besonders ausführlich „Paris Midi“ ein, der unter anderem schreibt: „Zweifellos ist in den deutsch-französischen Beziehungen seit Thoiry ein gewisser Stillstand zu verzeichnen, aber gleichwohl hat das Jahr 1928 den völligen Eintritt Deutschlands in den europäischen Konzern gesehen. Deutschland hat sich pünktlich seiner finanziellen Verpflichtungen aus dem Dawesplan entledigt. Die Zeit ist zweifellos nicht mehr fern, wo man der Räumung des linken Rheinufers und der endgültigen Festschließung der deutschen Schuld entgegenzusehen wird.“

Neue Kämpfe in Nicaragua.

Ein Bataillon von den Rebellen gefangen genommen.

2. Januar 1928

Nach Meldungen aus Managua in Nicaragua kam es in der Umgebung von Quilali zwischen etwa 500 Rebellen und einer Gruppe amerikanischer Marinejoldaten zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Verluste an Toten und Verwundeten sind auf beiden Seiten beträchtlich. Während des Kampfes wurde ein zusammengefügtes Bataillon von amerikanischen Marinejoldaten und nicaraguanischen Nationalgarden von den Rebellen gefangen genommen. Die Regierung von Nicaragua glaubt, daß ausländische Offiziere die Rebellen ausbilden. Quilali ist der stärkste Stützpunkt des liberalen Führers Sandino, der die zwischen General Moncada und den Amerikanern, die den Präsidenten Diaz unterstützten, getroffenen Vereinbarungen ablehnt.

Keine Neuwahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 2. Jan. Wie von maßgebender Seite gemeldet wird, besteht in politischen Kreisen nicht die Absicht, im Anschluß an das Urteil des Staatsgerichtshofes über die Ungültigkeit von Wahlordnungen für das Land Braunschweig Neuwahlen zu beantragen.

Hungersnot in China.

London, 2. Januar. (Zuspruch.) Wie aus Peking gemeldet wird, teilt die chinesische Handelskommission mit, daß in den Monaten November und Dezember in Peking 1200 Geschäfte geschlossen wurden. Ein Polizeibericht besagt, daß im Dezember über 500 Chinesen den Hungertod fanden oder auf den Straßen erstarben ausgefunden wurden. Die Hilfsorganisationen zur Beseitigung der Hungersnot haben an alle Note-Kreis-Organisationen bringende Telegramme zur Unterstützung der Bevölkerung in der Provinz Schantung gerichtet. Etwa vier Millionen Menschen sind von der Hungertatastrophe in Mitleidenschaft gezogen.

Vom Kampfe gegen die englische Verfassungsreform für Indien.

London, 2. Jan. (Zuspruch.) Die „Times of India“ machen den Vorschlag, die indische Kommission gegen die englische Verfassungskommission dadurch zu umgehen, daß vorläufig nur der Vorsitzende dieser Kommission, Sir John Simon, nach Indien kommen solle, um sich über die Lage zu unterrichten. Auf Grund dieser persönlichen Fühlungnahme würde Simon dann wohl in der Lage sein, dem Parlament die besten Methoden für die Durchführung der Aufgaben der Kommission zu empfehlen.

Rohnbewegungen und Streiks.

Die sächsischen Hüttenarbeiter lehnen den Schiedspruch ab.

2. Januar 1928

Die Arbeitnehmer in der sächsischen Sinterindustrie haben sich nach einer Mitteilung des Metallarbeiterverbandes in ihren Funktionärversammlungen am Sonntag einstimmig für die Ablehnung des am 29. Dezember gefällten Arbeitszeit- und Lohnschiedspruchs erklärt.

